

Breslauer Zeitung.



Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechstheftigen Petit-Zeile 20 Pf. Reklame 50 Pf.

Ergänzung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdeut. übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 222. Mittag-Ausgabe.

Zweiundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Sonnabend, den 14. Mai 1881.

Parlamentarische Dekommission.

Unter einem Schwall leidenschaftlicher Declamationen gegen die „formale Unbeholfenheit und Ohnmacht unseres Parlamentarismus“ versteckt die Komönen-Correspondenz der „Grenzboten“, welche sich mit dem Schicksal der zweijährigen Budgetperiode vor dem Reichstage beschäftigt, die neuesten Vorschläge wegen Regelung der parlamentarischen Arbeiten im Reiche und in den Einzelstaaten, welche von der zweijährigen Statsperiode und der von Jahr zu Jahr alternirenden Beurteilung des Reichstages und des Landtages vorläufig ganz absehen. Zunächst wird „der schwer ins Gewicht fallende Nebelstand des Tagens des Landtages vor dem Reichstage, während doch die Landesbudgets vom Reichsbudget abhängig sind, und es immer mehr werden müssen“, anerkannt; es sei aber „wahrhaft niederrückend, zu sehen, daß ein Mann wie Bennigsen sich zum Fürsprecher der jährlichen Beurteilung des Reichstages im October mache.“ Nebenbei bemerkt, wird die Rede des Herrn von Bennigsen in der Sitzung vom 5. Mai als „eine studierte und doch nur aus Gemeiplänen bestehende Ausführung“ charakterisiert. Nach dem neuen Project müßt im Interesse des Parlaments, welches die schönen Herbstage nicht gern opfern würde, wie in demjenigen der Regierung, vom Kaiser und König bis zu den Staatssekretären, Ministern und Räthen herab, der Reichstag, d. h. die Monate vom September bis einschließlich October von allen Parlamentsitzungen frei gemacht werden. Dazu müßt aber „mit beschwerlicher Mühe ein Fehler verbessert werden, den uns die Campanhaunsche Talentlosigkeit beschert hat“, d. h. wir müßten uns von dem „englischen Vorbiß“ emanzipieren und den Beginn des Statsjahres vom 1. April auf den 1. Juli verlegen; dann möge der Reichstag, „wenn er einmal jährlich tagen müßt“, sein Budget vom Januar bis März, der Landtag dasjenige vom April bis Juni berathen. Behufs Beschränkung der Sessionen auf 3 bis 3½ Monate würde es dann genügen, die Discontinuität der einzelnen Sessionen zu beseitigen, so daß die Commissionen für die ganze Legislaturperiode gebildet, die Commissionssberichte von einer Session in die andere übergehen und nöthigenfalls die Commission auch ohne das Plenum arbeiten könnten. Der Reichskanzler ist also ganz mit dem Antrag Rückert einverstanden, der ihn erfüllen will, dafür zu sorgen, daß der Reichstag vor dem Landesstat festgestellt wird; er verhorre nicht nur die von dem Abg. v. Bennigsen versuchte formale Lösung der Frage. Wir möchten glauben, daß Herr v. Bennigsen dem Reichskanzler den „niederrückenden“ Eindruck, den sein Antrag hervorgebracht hat, erwart haben würde, wenn der Reichskanzler schon bei der ersten Lesung des Gesetzes wegen Abänderung der Reichsverfassung, wo über das Schicksal derselben Niemand mehr zweifelhaft sein konnte, mit den hier angedeuteten Vorschlägen hervorgetreten wäre. Und selbst der „fortschrittliche Liberalismus“, von dem die „Grenzboten“ behaupten, er wolle, „daß die Regierung in den Sommermonaten arbeitet, während der fröhliche Parlamentarier sich in den Bädern tummelt“, würde nicht unerbittlich gewesen sein. Als es sich um die Verlegung des Statsjahres vom 1. Januar auf den 1. April handelte, waren es gerade die Liberalen, welche diesen Schritt als einen ungenügenden bekämpften. Es steht übrigens nichts entgegen, daß der Reichskanzler jetzt noch das nachholt, was er bisher versäumt hat und damit die Voraussetzung bestätigt, von der auch die Gegner der zweijährigen Legislaturperiode ausgegangen sind, daß eine bessere Regelung der parlamentarischen Arbeiten möglich sei, ohne die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung zu verkürzen. Der Reichskanzler hat es jetzt in der Hand, den Beweis zu führen, daß solches nicht seine Absicht gewesen sei.

Reichshauptstadt aus „verfehltem Beruf.“

Unser Berliner Correspondent schreibt:

Es war doch nicht weit fehlgegriffen, als man in Berlin auf die Drohung des Kanzlers, die Reichsregierung zu verlegen, mit dem bezeichnenden Liede antwortete: „Immer langsam voran!“ Die „Grenzboten“, in denen man den unverfälschten Ansichten des Fürsten Bismarck nicht mit Unrecht zu begegnen vermeint, behandeln zwar dasselbe Thema, aber doch schon mit bedeutender Reserve. In Verdächtig-

Wanderungen durch den Pariser Salon.

Man hatte in der Pariser Kunstuelt ungewöhnliche Erwartungen an die Ausstellung dieses Jahres gefügt. Eine wahre Revolution war in der Organisation des „Salons“ von Statten gegangen. Bissher stand er unter der Leitung und Aufsicht der Regierung, welche das Reglement verfaßte, in Gemeinschaft mit einer gewählten Jury über die Zulassung und den Werth der eingesandten Kunstwerke entschied und die Auszeichnungen vertheilte. In diesem gesegneten Jahre 1881 aber ist an die Stelle des patriarchalisch-despotischen Regiments ein absolut demokratisches getreten. Die Regierung hat schlechtweg abgedankt und die Künstler selber haben durch ein aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangenes Comité die Organisation der Ausstellung besorgen lassen. Was auch böse Zungen von dem Comité gesagt haben mögen, so erfordert die Gerechtigkeit das Geständniß, daß es wenigstens unter dem finanziellen Gesichtspunkt seiner Aufgabe vollständig gewachsen war. Der Salon wurde in modernster Form als Actiengesellschaft constituiert und nebenbei verschmähte man es nicht, die bescheidenen Eintrittspreise der früheren Jahre so zu steigern, daß sich von dem Unternehmen ein ansehnlicher pecuniärer Gewinn erwarten ließ. Was das alte Reglement anging, so muß man es wohl nicht für ganz schlecht befunden haben, denn es wurde mit wenigen unbedeutenden Aenderungen beibehalten. Nachdem so für die Existenz des neuen Unternehmens in recht ausgiebiger Weise gesorgt worden, ging eine ganz unabhängig gewählte, von allen öffentlichen Elementen gesäuberte Jury an die schwere Arbeit, unter den 5000 und mehr eingesandten Gemälden und Kunstwerken die Spuren von dem Weizen zu sondern. Es war in den letzten Jahren allgemein über die schreckliche Überfüllung des Salons mit schlechten Bildern geplagt worden. Man beschloß also, nicht mehr als 2500 Gemälde, zuzulassen und an diese Bestimmung hat sich die Jury gehalten. Da sich aber solcherart unter den vielen Beurufen noch weniger Auserwählte befanden als bisher, so erhob sich natürlich in den Ateliers ein Verwünschungsconcert, wie es noch nicht dagewesen. Man beschuldigte die Jury der schamlosen Parteilichkeit, einer Immoralität, wie sie selbst unter dem offiziellen System nicht dagewesen. Es wird uns erlaubt sein, auf diese Anschuldigungen

gungen des bösen Fortschrittsringes fehlt es dem Artikel zwar nicht, aber das laute Schreien kam von der Thatseite nicht ablenken, daß jetzt nur noch von der Verlegung des Reichstages, nicht mehr der Reichsregierung die Rede ist, daß mit anderen Worten bereits zum Rückzuge geblasen worden ist. Der Fürst hat eben bei der Degradation, die er dem verhassten Berlin zugedacht hat, daran vergessen, daß es in dem Wortschlage des Berliners einen Ausdruck giebt, der „Localpatriotismus“ heißt, und daß dieser Heimatstolz sich nicht an die Partei bindet, daß der conservative und antisemitische Berliner doch immer noch ein Berliner ist und daß selbst unser Herrscherhaus, dem ein Umzug, wenn auch in verbümlter Weise zugemutet wurde, mit allen Fasern seiner Vergangenheit an diesem Berlin hängt. Und darum wird es bei dem Rückzugsblasen der „Grenzboten“ nicht bleiben. Hier und da wird die Verlegung noch einmal auftauchen, aber dann wird sie langsam verschwinden. Sie wird ein würdiger Pendant zu dem Wehrsteuergesetz bilden. Der eine Plan einstimmig zurückgewiesen, der andere stillschweigend zurückgezogen. In der That, die Vorbeeren der jüngsten Zeit scheinen das Haupt des Fürsten nicht allzu schwer zu drücken.

Die Berathungen der Commission für das Unfall-Versicherungsgesetz.

In der Freitag Morgen stattgehabten Sitzung der Unfall-Versicherungsgesetz-Commission beantragte Abg. Laporte die Vertragung der Berathung mindestens bis zum Abend. Erst gestern Abend 9 Uhr sei die jetzige Fassung des Gesetzes, wie sie aus den Sitzungen der Subcommission hervorgegangen, in die Hände der Commissions-Mitglieder gelangt, welche bis jetzt kaum Zeit zu flüchtiger Durchsicht, viel weniger zum gründlichen Durcharbeiten der vorgenommenen Abänderungen gehabt hätten. Nach einem Widerspruch der Abg. Stumm und v. Schorlemer wurde die Sitzung eine Stunde vertagt. Während dieser Stunde fand eine gemeinsame vertrauliche Besprechung aller liberalen Elemente der Commission statt, welche sich besonders auf den § 2a — Landesversicherungs-Anstalten — und ein zu demselben gestelltes Amendment der Abg. Dr. Buhl und Marquardt erstreckte, welches die Wiedereinführung der Reichsversicherungs-Anstalt beantragt. Es herrschte in dieser Beziehung voll Einmütigkeit und es wurde ein einstimmiges Votum der Fortschrittspartei, der Secession, der Nationalliberalen und der liberalen Gruppe erzielt. Die Abg. Cysold, Freud, Dr. Witte und Wöllmer erklärten, dabei folgende Erklärung zu Protokoll zu geben:

„So lange die Frage, ob neben der öffentlichen Versicherungsanstalt private resp. privatgesellschaftliche Anstalten zuzulassen seien, zu Gunsten des Monopols verneint bleibt, würde eine Abstimmung für oder gegen eine Reichsanstalt eventuell Landesanstalten prinzipiell durchschlagende Bedeutung für uns nicht haben. Da jedoch in § 2a nach der von Herrn Dr. Buhl und Genossen beantragten Fassung die für uns entscheidende Frage offen gelassen ist, so werden wir umso mehr für dieselbe stimmen, als wir in Beziehung auf die Entwicklung von Einrichtungen für alle Reichsangehörigen particularistischen Bestrebungen niemals Vorwurf leisten wollen.“

Um 11½ Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. § 1 wurde ohne Debatte angenommen, § 1a wurde ausgesetzt, § 2 ohne Debatte angenommen. Bei § 2a und dem Antrag Buhl dazu begann eine sehr lebhafte Discussion, in welcher alle die alten Gründe für die Reichsanstalt und gegen die Landesanstalten resp. umgedreht in ausführlichster Weise wieder vorgetragen wurden. Minister von Bötticher erklärte, daß die Reichsregierung in erster Linie für die Reichsanstalt sei, gegen welche im Bundesrat Einwendungen bei Feststellung des Gesetzes nicht erhoben seien. Durch die Annahme von Landesanstalten werde jedoch das Gesetz in seiner Grundlage nicht erschüttert. Viel gefährlicher würde es sein, wenn Privatgesellschaften zugelassen würden; dann sei das Gesetz nach seiner Meinung unausführbar. Der Antrag Buhl wurde mit 16 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Die Minorität bestand aus sämtlichen Liberalen und dem Abg. Melbeck. Die §§ 1a und 3 bis 6 wurden ohne erhebliche Debatte angenommen. Bei § 4 lag ein Antrag des Abg. Servaß (lib. Gruppe) vor, durch welchen den Arbeitgebern und Arbeitern eine gesetzliche Mitwirkung bei der Verwaltung gesichert werden sollte. Derselbe erlangte jedoch den mörderischen Streichen der clerical-conserватiven Coalition, ohne daß irgend bestimmende Gründe für die Ablehnung einer für das Gedächtnis der Zweide des Gesetzes geradezu unentbehrlichen Beteiligung der Versicherer bei der Verwaltung angeführt wurden. Bei § 7 wurde von den Abg. Melbeck und Laporte die Wiederherstellung der vierwochentlichen Carenzzeit beantragt. Darüber entstand eine längere Debatte, bei welcher wiederholt die Notwendigkeit einer Revision des Hilfsklassengesetzes betont wurde. Der Antrag Melbeck-Laporte wurde mit 18 gegen 10 Stimmen abgelehnt; es bleibt also bei der in erster Lesung angenommenen zweiwöchentlichen

Carenzzeit. Zum § 8 stellte der Abg. Stumm den Antrag, einzufügen: „Die Rente mindert sich auf die Hälfte, wenn der Unfall durch großes Verhüllnen des Verunglückten verursacht wird.“ Nach längerer Debatte beantragte Abg. Buhl, im Antrage Stumm zu sagen: „bis zur Hälfte.“ Bei der Abstimmung wurde dies abgelehnt und der Antrag angenommen. Zu § 9 beantragte der Abg. Stumm, den in erster Lesung gestrichenen Satz der Vorlage, welcher sich auf den Ausschluß der Ansprüche der Wittwen und Kinder bezieht, wenn die Ehe erst nach dem Unfall geschlossen ist, wieder aufzunehmen. Nach längerer Debatte wurde dieser Antrag mit Streichung der Kinder aus demselben, also mit Sicherung der Ansprüche derselben, angenommen. Die §§ 10 bis 12 wurden ohne Discussion, der wichtige § 13 nach dem die Reichshilfe ausschließenden Beschlüsse der ersten Lesung in der Fassung der Subcommission angenommen. Auch die weiteren Paragraphen bis § 46 gelangten zur Annahme; zu einer kurzen Debatte kam es dabei nur bei § 35.

Deutschland.

Berlin, 13. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und König hat dem Consul Meyer in St. Thomas die Erlaubnis zur Aulegung der ihm verliehenen Ritter-Insignien erster Klasse des herzoglich Anhaltischen Hauses Ordens Albrecht des Bären ertheilt.

Se. Majestät der Kaiser hat den seitherigen Director im Auswärtigen Amt, Wirthlichen Geheimen Rath von Philipsborn zu Alberthöchst ihrem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlich-dänischen Hofe, sowie den seitherigen vortragenden Rath, Wirthlichen Geheimen Legations-Rath Jordan, zum Director im Auswärtigen Amt ernannt.

Se. Majestät der König hat den bisherigen Abtheilungs-Dirigenten bei der Königlichen Eisenbahndirection zu Berlin, Ober-Bau- und Geheimen Regierungsrath Hermann Hieronymus Löffler, zum Präfekten der Königlichen Eisenbahndirection zu Magdeburg; den Regierungsrath Dröslhagen in Sigmaringen zum stellvertretenden Verwaltungsmittel des Bezirksverwaltungsrates dafelbst für die Dauer seines Hauptamtes am Ende des letzteren; den Landgerichtsrath Strücker hierelbst zum Ober-Landesgerichtsrath in Marienwerder und den Landgerichtsrath Chrop in Erfurt zum Ober-Landesgerichtsrath, sowie den Staatsanwalt Bette in Berlin zum ersten Staatsanwalt bei dem Landgericht in Stolp ernannt; ferner dem Bureauvorsteher des Ober-Landesgerichtsraths, Kanglerath Quandt hierelbst, den Charakter als Geheimer Kanzleirath und dem Gerichtsdirreiter, Secretär Fischer in Marburg, den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Der Oberlehrer Dr. Hassenkamp am Marien-Gymnasium zu Posen ist in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium zu Ostrava, und der Oberlehrer Dr. Gudermann am Gymnasium zu Ostrava in gleicher Eigenschaft an das Marien-Gymnasium zu Posen verfehlt worden. — Der Rechtsanwalt Lütz zu Jüsterburg ist zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Königsberg i. Pr. mit Anweisung seines Wohnsitzes in Goldap, der Rechtsanwalt Fijcz zu Teilenburg zum Notar im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Hamm mit Anweisung seines Wohnsitzes in Teilenburg und der Rechtsanwalt Eglinger in Köln zum Notar für den Amtsgerichtsbezirk Saarbrücken, im Landgerichtsbezirk Saarbrücken mit Anweisung seines Wohnsitzes in St. Johann ernannt worden. (R.-Anz.)

= Berlin, 13. Mai. [Fürst Bismarck beim Kaiser.] — Feldmarschall Manteuffel.] Der Kaiser conferierte gestern Nachmittag von 4 bis fast 5½ Uhr mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck. Der Feldmarschall Frhr. von Manteuffel verweilte gestern fast den ganzen Tag bei seinem schwer erkrankten Sohne und nahm in Gemeinschaft mit letzterem gestern das von dem Oberhofprediger Högel gespendete Abendmahl. Der Feldmarschall dinierte gestern bei dem Fürsten Bismarck, begab sich aber direct in das Maison de Santé nach Schöneberg zurück und verweilte bei seinem Sohne bis Nachts 1 Uhr. Morgen will der Marschall nach Straßburg zurückfahren.

[Graf Botho zu Eulenburg.] Die Kreuzzeitung schreibt: „Der Staatsminister Graf Botho zu Eulenburg ist, wie wir schon gemeldet haben, lediglich durch das Besinden seines Sohnes (und zwar seines eigenen Sohnes, nicht — wie in einigen Blättern berichtet wird — seines Steffohnes, des Grafen Keyserling) zu einem Aufenthalt in Berlin veranlaßt und wird sich vermutlich in kurzen schon nach Westpreußen auf seine Güter begeben. Hierdurch erledigen sich wohl auch alle die Gerüchte, welche an seine unfreiwillige Annahme geknüpft werden. Auch wir haben allerdings gehört, daß man an anderer Stelle wünsche, daß der Graf später ein Ober-Präsidium wieder übernehmen möge; jetzt soll jedoch davon nicht die Rede sein.“

[Parlamentarisches.] Nachdem während der letzten Tage die damit beauftragten Mitglieder der Reichsstempelabgaben-Commission die in der ersten Lesung gefassten Beschlüsse redaktionell zusammengestellt hatten, trat die Commission am Freitag in die zweite Lesung der Regierungs-Vor-

nicht mehr Gewicht zu legen als sie verdienen. Möglich ist es immerhin, daß bei der Auswahl der auszustellenden Bilder einiger Neopostimismus und einige Atelier-Intrigen obgewaltet haben. Aber es bleibt darum nicht minder wahr, daß durch die Ausschließung einiger Tausend Schularbeiten der Salon ein würdigeres und gewinnenderes Aussehen gewonnen hat. Wenn die Zahl der guten Bilder numerisch nicht größer ist als in früheren Jahren, so ist sie doch im Verhältniß bedeutender und Alles in Allem hat sich das Publikum nicht über die besagte Neuerung zu beklagen.

Da wir keine kunsthistorische Abhandlung zu schreiben haben, so unterlassen wir es, die Bilder des Salons, die eine besondere Aufmerksamkeit verdienen, nach den verschiedenen Genres geordnet aufzuzählen; wir nennen sie vielmehr in der Reihenfolge, in welcher sie uns auf unserer Wanderung durch die zahlreichen Säle begegnen. Der erste Saal, in den der Besucher eintritt, ist der Ehrensalon, in welchem namentlich die Gemälde von großen Dimensionen ihre Stelle finden. Hier springt gleich das von Detail auf Bestellung der Regierung gemalte Bild „Die Vertheilung der Fahnen an die Arme am 14. Juli 1880“ in die Augen. Details ist bekanntlich ein Soldatenmaler von Ruf und seine kleinen militärischen Charakterbilder genießen einer außerordentlichen Beliebtheit bei den Amateuren. Aber daß er an Compositiontalent und Wärme des Ausdrucks weit z. B. hinter seinem Nebenbuhler de Neuville zurücksteht, kann keinem Zweifel unterliegen. Es zeugt von einer vollständigen Verkenntung seines künstlerischen Temperaments, daß er es unternahm, diese Bestellung eines Paradebildes von solchen Dimensionen anzunehmen. Die bekannte Scene im Boulogner Gehölz sieht man hier von einem Winkel der Regierungstriebne aus. Den ganzen Hintergrund nimmt eine gewaltige Gruppe von schwarzbefleckten Herren in mehr als Lebensgröße, lauter Porträts von Deputirten, Diplomaten u. s. w. ein. Auf dem vorderen Rande der Tribüne erscheinen die drei Präsidenten Grevy, Gambetta und Leon Say mit den Ministern in ziemlich straffer Haltung und keineswegs an die drei Grazen erinnernd. Weiter hinaus beleuchtet die Sonne das Paradefeld. Unmittelbar vor der Tribüne hält zu Pferde eine Gruppe von Generälen, deren kleine Details die guten Eigenschaften des Malers noch am Besten zur Geltung bringen. Im Hintergrunde

endlich die bunte Linie der Truppen. Alle diese grellen Licht- und Farbenkontraste haben etwas Verlebendes. Von höchst erquickender Farbenwirkung ist dagegen der Plafond Baudry's, „Die Herrschaft des Gesetzes“, auch ein rein decoratives Gemälde, welches für den Gaffesthof bestimmt ist. Vor der Säulenalle eines Tempels zeigt es um das auf hohem Sockel thronende Gesetz eine Reihe allegorischer Figuren gruppirt: die Jurisprudenz, die Autorität, die Gerechtigkeit, die Billigkeit, die Kraft und unter den Jügen eines schlafenden Kindes die Unschuld. Die einzige männliche Gestalt ist die eines greisen Richters in rotem Gewande, der sich vor dem Gesetz entblößt. Der Vorwurf, den die strengen Kunstrichter diesem Gemälde machen, besteht darin, daß es einen zu modernen Charakter habe, daß die allegorischen Figuren der Majestät entbehren und sehr eleganten Pariserinnen ähnlich seien, mit einem Wort, daß sie von dem klassischen Typus abweichen. Das thun sie in der That, ebenso wie die Figuren, welche Baudry für die Wände und Plafonds der großen Oper gemalt hat. Vielleicht ist das Bild zu „hübsch“, um vollendet schön zu sein, aber die Anordnung ist eine so abgerundete, die Haltung und Bewegung der Figuren eine so wahre, die Farbentwicklung eine so elegant harmonische, daß man nicht den Muth hat, auf jenem Tabel zu beharren. Das dritte große Gemälde des Ehrensalons ist ein Bild des jungen Malers George Bertrand, welches den etwas pretentiösen Titel „Patria“ führt; eine rauh aber effektvoll gemalte Gruppe von Kürassieren, die sich unter dem dunkeln, wolfsfuchsenen Abendhimmel auf müden Pferden aus der Schlacht entfernen. Dicht aneinander geschlossen stützen sie den zum Tode verwundeten Fahnenträger, der das Banner an seine Brust drückt; das Bild verräth auch eine Kunst und Sicherheit in der Zeichnung, die in der jüngeren Malerschule selten zu finden ist und wahrscheinlich wird ihm eine der hervorragendsten Auszeichnungen des Salons zu Theil werden. Nicht weit von ihm befindet sich eine große Composition von Flaranery, „die Befreiung der Gefangenen der Bastille“. Sie ist geschickt angelegt, aber leider führt ein gewisser melodramatischer Zug und die harte trockene Farbe ihre Wirkung.

lage ein und beschäftigte sich zunächst mit dem Tarif. Bei der Besteuerung der Aktionen, Renten und Schuldverschreibungen blieb man bei den Beschlüssen der ersten Lesung stehen, ebenso nach langerer Debatte (mit 11 gegen 9 Stimmen) bei dem einheitlichen Schlusssteckstempel vor 10 Pf. für Contantgeschäfte. Dagegen wurde der bei der ersten Lesung acceptirte Einheitsstempel von 1 Mark auf Schlusschein für Zeitgeschäfte abgelehnt zu Gunsten eines Wertstempels von 1/2 vom Laufend. Rechnungen, Noten u. bleiben nach dem ersten Beschluß auf einem Stempelsatz von 10 Pf. pro Schlusschein.

Italien.

■ Rom, 9. Mai. [Parlamentarisches.] Nachdem die italienische Kammer mehrere Wochen mit der Generaldebatte über das neue Wahlgesetz verbracht hat, wurde endlich in der letzten Sonnabend-Sitzung die Generaldebatte geschlossen und mit der Discussion der verschiedenen Tagesordnungen begonnen, die übrigens, da die Zahl dieser Tagesordnungen eine sehr bedeutende ist, angehört der berühmten Redefähigkeit unserer Parlamentarier wohl ebenfalls mehrere Sitzungstage in Anspruch nehmen wird, so daß kaum anzunehmen ist, daß vor Mitte dieses Monats mit der Specialdebatte begonnen werden könne. Angesichts der zahlreichen, teilweise sehr wichtigen Artikel des Gesetzes, welche in der Specialdebatte zur Discussion gelangen werden, dürfte auch diese Discussion mehrere Wochen in Anspruch nehmen, und die Hoffnung, das Gesetz noch im Laufe dieser Session zur praktischen Durchführung gelangen zu sehen, schrumpft daher immer mehr zusammen. Der heftigste Kampf dürfte um den das Listen-Scrutinium umfassenden Artikel des Gesetzes entbrennen, und angehört der sehr geringen Wahrscheinlichkeit für die große Majorität der gegenwärtigen Abgeordneten, bei nach dem Listen-Scrutinium vorgenommenen Wahlen wiedergewählt zu werden, ist es begreiflich und schon durch den natürlichen Selbstzertaltungstrieb gerechtfertigt, daß sich eben gegen dieses Listen-Scrutinium in den Reihen aller Parteien der Kammer eine große und heftige Opposition erheben wird. Da aber das Ministerium erst vorgestern durch den Mund des Ministers des Innern klar und bündig erklärt hat, daß dasselbe aus der Annahme des Listen-Scrutinums eine Vertrauens- oder Cabinetsfrage machen werde, so wird es sich bei der betreffenden Abstimmung zeigen, inwiefern die erfolgte vollständige Einigung der Linken und Aufführung eines gemeinsamen Programms in allen wichtigen Fragen sich bewähren, und ob die Rücksicht für das allgemeine Wohl über die persönlichen Interessen den Sieg davontragen wird. Aber selbst im besten Falle und selbst wenn das ganze Gesetz ohne neue Krisen und in seiner gegenwärtigen Fassung durchgehen und von der Kammer angenommen werden würde, und selbst wenn die begonnene Special-Debatte rasch verließe, so wäre es doch eine große Illusion, annnehmen zu wollen, daß das Gesetz noch im Laufe dieses Jahres zur vollständigen Erledigung gelangen werde. Nach dessen Erledigung durch die Kammer muß nämlich das Gesetz dem Senate zur Approbation vorgelegt werden, und da angehört des conservativen Geistes, der diese Körperschaft besetzt, unmöglich auch nur daran gedacht werden kann, daß derselbe das etwas radical angehauchte Gesetz in seiner bestehenden Form und Fassung annehmen werde, und dessen Zurückleitung an die Kammer somit so viel als gewiß ist, so wird das Gesetz noch mehrere Phasen durchzumachen haben, bis es zur endgültigen Erledigung gelangt. Angenommen nämlich selbst, daß der Senat das Gesetz bis zum Eintritt der heißen Jahreszeit, bis zu den Sommerferien, erledigt, so kann dasselbe vor dem Wiederzusammentritte der Kammer, also vor dem Spätherbst, von dieser nicht wieder discutirt werden, und angenommen selbst, daß die bestehenden Differenzen so rasch als möglich ausgeglichen und somit das Gesetz so schnell als möglich erledigt werden wird, so beansprucht doch die Durchführung derselben, die nötigen Vorarbeiten für die Annahme der neuen Generalwahlen mehrere Monate, so daß also an eine praktische Durchführung des Gesetzes und die Annahme der neuen Wahlen nach denselben gar nicht zu denken ist. Wenn man aber nun berechnet, daß nach der im Spätherbst erfolgenden Wiederannahme der parlamentarischen Arbeiten erst die Budgets erledigt werden müssen und somit die neue Discussion des Gesetzes erst nach Neujahr 1882 begonnen werden kann, so wird man dem Glück danken können, wenn die praktische Durchführung des neuen Wahlgesetzes, die Annahme der neuen Wahlen nach denselben noch im Laufe des künftigen Jahres 1882 wird erfolgen können. Quod erat demonstrandum.

Frankreich.

○ Paris, 11. Mai. [Die Haltung der Pforte.—Gambetta.] Die „Débats“ polemisierten heute gegen die Haltung der Türkei in der tunesischen Angelegenheit. Man müsse sich beim Antritt dieser neuen Verirrung fragen, welches Ziel die ottomanischen Staatsmänner verfolgen und welchem Einfuß sie gehorchen. „Es ist gleichwohl merkwürdig, meinen die „Débats“, zu sehen wie die Türkei, die schon so viele andere Angelegenheiten zu regeln hat, wäre es auch nur die griechische, mit solchem Eifer in einer Frage Partei nimmt, die sie so wenig angeht. Sucht sie eine Diversion, um die Gebietsabtretung an Griechenland zu verzögern? Ist es eine einfache Großsprecherei? Das ist nicht leicht zu wissen. Aber welchem Beweggrund auch die Pforte geborsten mag, sie hat bei dem Empfange der Note des Herrn Tissot begreifen müssen, daß wir keineswegs gewillt sind, uns in der Lösung einer Angelegenheit, die nur uns angeht, Hindernisse schaffen zu lassen und daß wir den festen Willen haben, dieselbe zum Vorteil unserer Interessen und unserer Würde zu Ende zu führen.“ Gleichzeitig wenden sich die „Débats“ gegen die „Times“, welche die Behauptung aufgestellt hatten, daß Frankreich in Tunis ein sehr schlechtes Beispiel gebe und daß, da die Oberhoheit des Sultans über Tunis zugestanden, Frankreich dem Concert der europäischen Mächte größere Rücksicht hätte beweisen müssen. „Zunächst, erwidert das französische Blatt, wird die Souveränität des Sultans nicht nur nicht zugestanden, sondern auf das Entscheidensestreit gestritten und man fragt sich mit Erstaunen, was das europäische Concert in diesem Zwist zwischen Frankreich und dem Bey von Tunis zu thun hat. Verlangte England die Erlaubnis Europas, um sich Cyprien von der Türkei abtreten zu lassen? Ob die Dinge in Afrika oder in Asien vor sich gehen, ist doch wohl gleichgültig. Und um England auf der Seite von Afghanistan wissenschaftliche Grenzen zu verschaffen, hat Lord Beaconsfield unseres Wissen nicht das europäische Concert zu Rathe gezogen. Der Artikel der „Times“ athmet denselben Geist wie die Proteste der Pforte. Wir können nicht so die Rollen umkehren und unsere Absichten verdächtigen lassen. Es gibt keinen aufrichtigen Menschen, der nicht anerkennt, daß in dieser tunesischen Angelegenheit Frankreich unaufhörlich gereizt worden ist, daß es eine unerhörte Geduld gezeigt hat und nur gezwungen zur Action übergegangen ist. Aber da diese Action einmal begonnen hat, so darf es nicht die Rolle des Gespotteten spielen und darf nicht imhalten, bis es Genugthuung für die Vergangenheit und Garantien für die Zukunft erhalten hat.“ — Der „Figaro“ weiß schon wieder von einem Heiratssprojekt für Gambetta zu melden. Diesmal soll es sich um die Tochter eines steinreichen südamerikanischen Pflanzers handeln, des Herrn Durand, eines Provençalen, der nach Erwerbung seines kolossalen Vermögens wieder mit seiner Familie nach Frankreich zurück-

gekehrt ist. Eine Tochter des angeblichen zukünftigen Schwiegervaters Gambetas hat den norwegischen Grafen Flaten geheirathet, eine zweite den spanischen Marquis de Escombreras. Der „Figaro“ glaubt indessen doch seine Mittheilung mit dem üblichen Vorbehalt geben zu müssen.

Rußland.

□ Warschau, 11. Mai. [Die Juden-Krawalle. — Beamten-Willkür. — Das Testament Scheibler's.] Aus zuverlässigen Privatnachrichten, die aus Elswedograd hier eingehen, erfahren wir, daß zu den Anführern der dortigen Judenplünderungen kaiserliche Beamte selbst gehört haben sollen. Es ist eine alte Praxis der russischen Polizei, daß jedesmal, wenn sie Ursache zu haben meint, eine Verkürzung ihrer Allmacht zu befürchten, sie irgend einen Vorhang provoziert, in dessen Folgen sie viele und so lange Beschäftigung findet, bis Alles wieder bleibt — beim Alten. So war es hier in Warschau stets, daß vor der Hierherkunft des Kaisers irgend eine jugendlich-übermüthige Handlung zu einer revolutionären Gefahr aufgebaut wurde, der auf den Grund zu kommen, die Polizei alle Hebel anzusetzen pflegte. Das dabei jedesmal Hunderte als Verächtige unschuldig nach Sibirien geschickt wurden, das kümmerte die Herren wenig. Sie benutzten die Gelegenheit vielmehr, auf die große Zahl der verdeckten Revolutionäre hinzuweisen, denen sie, die Polizei, nachzuspuren hat. Da man jetzt vor der Möglichkeit einer Besserung der Verwaltung zu stehen meint, wonach die unbefrängte Macht der Polizei aufhören könnte und die Polizeichefs ihre Gebietestellung einzubüßen besorgen, so stimmt es ganz gut mit ihrer Tradition überein, wenn sie durch Provocierung solcher Gewaltthaten wie in Elswedograd sich vorerst unentbehrlich zu machen glauben. — Drei mit der Oberregierung Polens betraute Männer, Graf Berg, Graf Kozebu und General Albedinski, haben hintereinander die Einführung von Stadtverordneten empfohlen, letztere beide sind sogar warm dafür eingetreten, und doch bleibt sie aus. Warum? weil die Herren zu Petersburg, die im „Comite für politische Angelegenheiten“ sitzen, eine Schmälerung ihrer auf alle Details ausgedehnten Vollmachten und den Verlust ihrer großen Gehälter von dieser Nebenbeschäftigung befürchten. Die Leute mögen diese Neuerung nicht als eine bloße Verdächtigung ansehen. Sie ist vielmehr öffentliches Geheimnis. Thatsache ist es, daß die Frage der Einführung von Städtevertretungen im Königreiche, wie sie in ganz Russland, auch in den altpolnischen Gouvernementen, seit 15 resp. 10 Jahren bestehen, und gegen die also das „Comite für polnische Angelegenheiten“ auch in Bezug auf das Königreich nichts einzuwenden haben kann, nicht etwa abgerathen ist, vielmehr einfach nicht in Beratung genommen wird. — Die Herren haben keine Eile. — Das nunmehr veröffentlichte Testament von Scheibler, des reichsten polnischen Fabrikanten in Lodz, von dessen Tode ich Ihnen melden, bestimmt, unter anderen kleineren Legaten, 60,000 Rubel auf ein Gymnasium, 20,000 Rubel auf eine evangelische, 10,000 auf eine katholische Kirche und 15,000 auf eine Synagoge, welche drei neue Gotteshäuser eben in baulichen Angriff genommen sind. Das Legat für das Gymnasium wird wohl noch lange unbenuzt bleiben, denn der Herr Gouverneur von Piotrkow will einmal ein solches nicht errichten lassen und die einfältigen Lodzer wollen nicht verstehen, daß bei dem Gange der jetzigen Regierungsmaschine der Gouverneur zu umgehen und in Petersburg wohl die gnädige Bewilligung zur Errichtung eines Gymnasiums auf eigene Kosten zu ermöglichen ist, wenn sie jemanden hinschicken mit einem — vollen Beutel.

des diesjährigen allgemeinen deutschen Verbandstages. — Der Antwerpener Dr. Schulze-Delitsch, wird dem Verbandstage beiwohnen. Gemäß § 2 der Geschäftsordnung sind zur Theilnahme an den Versammlungen die Mitglieder aller zum Verbande gehörigen Vereine berechtigt. An den Beschlusssitzungen nehmen nur die Abgeordneten dieser Vereine Theil. Vereine, welche dem Verbande nicht angehören, dürfen sich durch Abgeordnete mit beruhender Stimme nur einmal bei einer Versammlung des Verbandes beteiligen. Die Verhandlungen werden Mittags 12½ Uhr zum Zwecke eines einfachen Mittagessens auf kurze Zeit unterbrochen. Schluss derselben: gemeinsame Damnyfahrt nach dem zoologischen Garten Montag, den 23. Mai, Nachmittags: Besuch der Schlesischen Gewerbe- und Industrie-Ausstellung, woselbst zu Ehren der Genossenschaften Doppelcongresse feststehen im Saale des Restaurant Pasche in der Ausstellung im Bereich des Deputirten der Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften Schlesiens und der angrenzenden Landesteile. Die Verhandlungen der leichten Genossenschaften finden im Café restaurant, Carlsstraße 37, statt, beginnend Sonntag, den 22. Mai, Abends 6 Uhr, und werden Montag, den 23. Mai von Vormittags 9 Uhr ab fortgesetzt.

= [Instruction, betreffend die Verbreitung von Nachrichten und aus der Provinz Schlesien über Hochwasserstände und Eisgänge in der Oder und Glazier-Nieße.] Die sehr ausführliche Instruction stimmt, daß die von den Pegelstationen bei den Telegraphenamtern aufgehenden Telegramme die Bezeichnung „Wasserstandstelegramme“ erhalten und, insoweit sie an sämtliche Interessenten und nicht blos an einzelne Empfänger gerichtet sind, ohne Adressen in bestimmter Form abzusenden. Ebenso wird bestimmt, nach welchen Orten und zu welcher Stunde bei entsprechender Gefahr von den Pegelstationen Ratibor, Oppeln, Brieg, Breslau, Steinau und Glogau Wasserstandstelegramme abzulassen, und an welche Adressen diese bei den Telegraphenamtern (ohne besondere Adresse) eingesendete Telegramme schleinigt zu befördern sind. Die Landräte, unter welchen Wasserstandsnachrichten zugeben, haben in allen Fällen die Nachrichten und demnächst die ihnen nothwendig erscheinenden weiteren Mitteilungen sofort den Behörden, Deichämtern und Amtsvertretern ihres Bezirks zuzustellen. Ebenso haben die Wasserbauministerien zu Ratibor, Brieg, Breslau, Steinau, Glogau, Crostau und Cüstrin in geeigneter Weise für schleunige Verbreitung der ihnen zugehenden Meldungen zu sorgen. Die Redaktionen der „Breslauer Zeitung“ und der „Schlesischen Zeitung“ veröffentlichen die ihnen zugegangenen Nachrichten in ihrer nächsten Nummer. Auf besonderen Wunsch werden jeder Privatperson gegen Erlegung der Expeditionsgebühr die Wasserstandstelegramme von den Telegraphenamtern direct zugesandt.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 13. Mai. [Börse.] Der Speculation mangelt in diesem Augenblick die Direction, zwischen der Neigung zur Fortsetzung der Bause und der Furcht vor größeren Rückfällen schwankt sie unglücklich hin und her, so daß die Auf- und Abwärtsbewegung in wenigen Stunden mehrfach abwechselt, je nachdem die Kauf- und Verkaufslist um ein Geringes überwiegt. Eine entschiedene Strömung kann auf diese Weise nicht zum Durchbruch gelangen, und so war auch heut der Verkehr ein recht unerquicklich ohne präzise Tendenz. Denn wenn auch fast das gesamte Courir wird eine Ernüchterung erfahren hat, darf doch nicht von Mattigkeit gesprochen werden, sondern nur von zurückhaltender Kauflust und dem Bestreben nach Realisierungen, welche leichter aber weder dringend auftraten, noch einen deutenderen Umfang angenommen haben. Am stärksten hatte das Gebiet Banken zu leiden, da das Projekt der Gründung eines neuen großen Bankinstituts am bisherigen Platze als gefährliche Concurrenz der Disconto-Gesellschaft und der österreichischen Credit-Anstalt betrachtet und gegen die beiden Courirstandes der beiden Papiere ins Feld geführt wurde. Ob begütigte Ursache zu der Annahme vorliegt, daß die zu gründende Bank die Reduzierung der Ertragsfähigkeit unserer alten bewährten Institute herbringen wird, müssen wir vorläufig dahingestellt sein lassen, doch glauben wir auf die Vorgänge bei der Eröffnung der österr. Länderbank exemplificiren zu dürfen. Die Verluste, welche die Bankpapiere erlitten haben, sind ganz beträchtlich, verloren Disconto-Commandit ca. 6 p.C., Deutsche Bank über 4 p.C., Darmstädter ca. 2 p.C., Ungarische und Österreichische Creditbank 10 resp. 7. Der gesamte übrige Markt folgte der Rückwärtsbewegung, da kam es nirgends zu lebhafterem Verkehr. Etwas fester wie gestern tendierte die österr.-ungar. Renten, auch entwickelte sich in denselben eine etwas größere Regsamkeit. Die russischen Bonds, insbesondere russische Noten, führten abermals einen merlichen Rückschlag, inlandsche Bonds behielten dagegen eine günstige Disposition bei mäßigem Umlauf. Auf dem Bahnmarkte konnten nur Galizier und Mecklenburgische Friedrich-Franz-Bahn gestriges Niveau ungefähr behaupten. Montanwerke blieben vernachlässigt und stellten sich niedriger, obgleich die Glasgower Notierung für Waran eine Besserung von 3 D. aufweist. Für Industriepapiere war das Interesse ein wenig regeres als in den Portagen. Der Courirübergang der Banken kam gegen Schluss der Börse zum Stillstande, es konnte deshalb eine Besserung der gesammten Tendenz Platz greifen. Uns wolle es scheinen, daß die Versteifung, welche der Geldstand abermals erfahren hat, in einer Linie zu der unworthaften Haltung der Börse beitrug, die Geldzettel werden zusehends spröder und scheinen nicht gewillt zu sein, der Speculation das Spiel fernerhin zu erleichtern. Geld bis zum Ultimo wurde mit 5 p.C. vergleichbar gehandelt.

Um 2½ Uhr: Fest. Lombarden 206,50, Franzosen 580,00, Graubünden 624,50, Dortmund-Stamm-Prior. 84,00, Laurahütte 108,50, Darmstädter 162,75, Deutsche Bank 164,00, Disconto-Commandit 216,50, Wien-Bankverein 244,50, Bergische 115,50, Freiburger 105,25, Mainzer 96, Rechte-Oderwerfbahn 148,25, Oberschlesische 122,00, Galizier 133,37, Buchholz 82,00, Rumäniens 101,25, West. Goldrente 83,75, do. Silberrente 68,25, do. Papierrente 67,87, Ungar. Goldrente 102,25, Italiener 90, Russen, alte 92,00, do. neue 95,25, do. 1880er 76,37, Ungarische Entwicklung 95,10, Russische Noten 208,00, do. Orient 59,62, do. III. Orient 60,25.

Coupons. (Course nur für Posten.) West. Silber-Coupons 173,50 bez. do. Eisenbahn-Coupons 173,50 bez. do. Papier in Wien zahlb. min. 30 f. Wien, Amerit. Gold-Doll.-Bonds 4,205 bez. do. Eisenbahn-Priorität 4,205 bez. do. Papier-Dollar 4,205 bez. 6% New-York-City 4,205 bez. Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. verl. min. 60 Pet. Poln. Papier u. verl. min. 60 Pf. Warshaw, Russ. Zoll 20,59 et-55 Pet. 1822er Russen —, Gr. Russ. Staatsbahn —, Russ. Boden-Credit —, Warschau-Wiener Comm. —, Warschau-Terespol —, 3% u. 5% Lombarden min. — Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer min. — Pf. Paris, Belgische min. Pf. Brüssel, Verl. Ostl. Oblig. 20,42 bez.

Berlin, 13. Mai. [Gründung einer großen Bank.] Berlin-Zeitungen berichten über die Gründung einer neuen großen Bank. Es nämlich am 10. d. M. zwischen den Berliner Firmen Cohn, Bürgers u. und Jacob Landau, sowie der Commerz- und Disconto-Bank zu Hamburg der Société de l'Union zu Paris und der Anglo-Österreichischen Bank, Österreichischen Länderbank und der Ungarischen Commerzbank ein diesbezüglicher Vertrag zu Stande gekommen. Die Verhandlungen Namens der beteiligten Berliner Firmen sind von Herrn Eugen Landau in Wien geführt. Wegen Emission der Actien ist noch nichts definitives bestimmt. Die Constitution in Berlin und die Eintragung in das Handels-Registre soll alsbald erfolgen. Die Thätigkeit der Bank wird sich auf die Finanzierung großer Staat- und Communal-Anleihen, sowie auf das Banti- und Commissionsgeschäft erstrecken. Das Capital ist zunächst auf 40 Mill. (mit der facultät, dasselbe auf 60 Millionen zu erhöhen) mit vorläufiger Einzahlung normiert, und wird die Bank den Namen „Bank Deutschlands“ führen. Die neue Bank wird in innigem Connex zu Gruppe der Österreichischen Länderbank stehen.

T. Breslau, Mitte Mai. [Landwirtschaftliche und wirtschaftliche Rundschau in Schlesien.] Seit dem Jahre 1874 hat wir keinen Mai zu verzeichnen, der seinem Namen und den an ihm erwarteten Erwartungen so wenig Rechnung trägt, als der des Jahres 1875. Die ersten drei Tage seines Bestehens ließ er uns in dem guten Glauben, daß er treu den Traditionen seiner Namensbrüder uns mit Blüthen ausschütten würde, aber die geringsten Gewitterwolken am Firmament und guten Vorsätze schienen vergessen zu sein, denn bereits am 4. Mai erhielt der obere Bassinwind wieder Oberhand und das Thermometer sank in frühen Morgenstunden bis auf Null, und raue, trübe Tage waren die ausbleibenden Gefahren des so fehllich erwarteten Wonnemonates. drei sonst so gefürchteten Eisnärrer Mamertus, Pancratius und Servatius fielen bei der sonstigen Rauheit der Witterung nicht besonders ins Gewicht und hatte es fast den Anschein, als wenn mit Abschluß dieser drei Tagen der Winter enden sollte. Umwillkt tritt an uns die Frage heran: „Was ist der Grund der regelmäßige wiederkehrenden Kälterücksäume im Frühlinge? — und warum beschränkt sich

112. ordentlicher Verbandstag der Consumvereine der Provinz Schlesien und der angrenzenden Landesteile.] Sonntag, den 22. Mai, Vormittags 9 Uhr, findet im Conferenzlocal des Breslauer Consumvereins, Kreuzstraße 26, II. Etage, die Vorveranstaltung befreit Feststellung der Präsenzliste, Bildung des Bureaus, Wahl der Rechnungs-Revisoren und Feststellung der Tagesordnung für die sich bald anschließende Hauptversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht: 1) Bericht des Verbandsdirektors. 2) Bericht aus den Verbandsvereinen und gegenseitiger Austausch der gemachten Erfahrungen. 3) Rechnungslegung über die Unterverbands-Kasse und Erteilung der Decharge. 4) Antrag des Breslauer Consumvereins: Verhandlung über die Fragen: a. In welcher Weise sind vorgefundene Inventarüberschüsse, bezw. Mangos, mit den Lagerhaltern am geeignetesten abzurechnen? b. In welchen Fällen und inwieweit sind die gewöhnlichen Detailverkaufspreise bei Abnahme größerer Waarenquantitäten zu ermäßigen? 5) Wahl des Ortes für den nächsten Unterbandstag. 6) Wahl des Vorortes für das kommende Jahr. 7) Beschlussnahme über Beschilderung

